

Wolfgang Kietz

WAFFENHÄNDLER IN UNIFORM

Geheime Im- und Exporte der DDR

Kohlhammer

Kohlhammer

Der Autor



Wolfgang Kietz wurde 1963 in Neumünster geboren und ist dort aufgewachsen. Seit 1989 arbeitet er als Redakteur beim *Hamburger Abendblatt*. Kietz hat Bücher und Aufsätze zur maritimen Geschichte der DDR geschrieben. Außerdem ist im Kohlhammer-Verlag sein Buch *Oben scheint das Licht – ein Weg aus dem Trauma* erschienen. Er ist verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Kindern und lebt in Hamburg.

Wolfgang Klietz

Waffenhändler in Uniform

Geheime Im- und Exporte der DDR

Verlag W. Kohlhammer

Für Ruth, Rose und Luisa

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Es konnten nicht alle Rechtsinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Dieses Werk enthält Hinweise/Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalt der Verlag keinen Einfluss hat und die der Haftung der jeweiligen Seitenanbieter oder -betreiber unterliegen. Zum Zeitpunkt der Verlinkung wurden die externen Websites auf mögliche Rechtsverstöße überprüft und dabei keine Rechtsverletzung festgestellt. Ohne konkrete Hinweise auf eine solche Rechtsverletzung ist eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten nicht zumutbar. Sollten jedoch Rechtsverletzungen bekannt werden, werden die betroffenen externen Links soweit möglich unverzüglich entfernt.

Umschlagabbildung: Tobias Merkle mit Vorlagen von Adobe Stock.

Zusatzmaterial online: <https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-043460-8>

1. Auflage 2024

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-043460-8

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-043461-5

epub: ISBN 978-3-17-043462-2

Inhalt

Einleitung	11
-------------------------	-----------

Teil I

ITA – ein Instrument im Kalten Krieg

1	Die Anfänge	20
2	Der Kontext – ITA und IMES: Partner und Konkurrenten	36
3	Der ITA und die Entwicklungsländer	55
	»Solidarität im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus«	55
	Der erste Golfkrieg: Ein Doppelspiel für Devisen	86
	Libyen: Gaddafi und die DDR	106
	Der Nahost-Konflikt: Ein deutscher Staat hilft den Feinden Israels	115
	Waffen für Afrika	126
	Waffen für Asien	137
	Waffen für Mittel- und Südamerika	140
	Ärger mit Moskau und »ungesunde Konkurrenz«	142
	Exkurs: Bargeld für Entwicklungsländer	149
4	Transporte über See	160

5	Der ITA im Fokus der Staatssicherheit	177
	Unter der Kontrolle der Stasi	177
	Ein Spion für den Westen in der Spitze des ITA	190
	Operative Personenkontrollen im ITA	199
6	Der ITA und die westlichen Geheimdienste	204
7	Wende und Abwicklung	213

Teil II

Strukturen und Personen

8	Auf Ortsbesuch	252
	Der Sitz des ITA und Außenstellen	252
	Das Ausstellungsgelände Horstwalde	254
	Treffpunkt Leipziger Messe	264
	Der Überseehafen in Rostock	265
	Der Hafen Mukran	266
9	Personal	270
	Die Mitarbeiter	270
	Die Leitung: Ein Offizier als Generaldirektor	276
10	Der ITA, Planhandel und Beschaffung	282
	Der Prozess der Beschaffung: Alles hängt am Fünfjahresplan	284
	Importe: Lücken in den Akten	286
	Exporte: Lieferungen ohne gesetzliche Grundlage	293
	Lager und Transporte: Postfach 231 in 1100 Berlin	298
11	Die militärische Zusammenarbeit der Bruderstaaten	305
12	Die Rüstungsindustrie der DDR	315

Teil III**Fazit und Anhang**

Fazit	332
Danksagungen	335
Literatur und Quellen	337
Quellenverzeichnis	337
Literaturverzeichnis	339
Abkürzungsverzeichnis	347
Abbildungsverzeichnis	352
Register	354
Ortsregister	354
Personenregister	359
Anmerkungen	363

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974

Artikel 23

- (1) Der Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften ist Recht und Ehrenpflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Jeder Bürger ist zum Dienst und zu Leistungen für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den Gesetzen verpflichtet.
- (2) Kein Bürger darf an kriegerischen Handlungen und ihrer Vorbereitung teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen.

Strafgesetzbuch der DDR

5. Abschnitt: Mißbrauch von Waffen und Sprengmitteln

§ 206. Unbefugter Waffen- und Sprengmittelbesitz.

- (1) Wer ohne staatliche Erlaubnis Schußwaffen, wesentliche Teile von Schußwaffen, Munition oder Sprengmittel herstellt, im Besitz hat, sich oder einem anderen verschafft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft.
- (2) Wer ohne staatliche Erlaubnis Schußwaffen, wesentliche Teile von Schußwaffen, Munition oder Sprengmittel in bedeutendem Umfang oder solche mit hoher Feuer- oder Sprengkraft herstellt, lagert, sich oder einem anderen verschafft, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.
- (3) Der Versuch ist strafbar.

Durch Gesetz vom 14. Dezember 1988 wurden im § 206 Abs. 1 vor dem Wort »bestraft« die Worte »oder mit Geldstrafe« eingefügt, das Wort »oder« wurde gestrichen und vor den Worten »mit Verurteilung auf Bewährung« wurde ein Komma eingefügt.

Einleitung

Am 2. Dezember 1989, also einen knappen Monat nach dem Fall der Mauer, ging der Name des kleinen Dorfes Kavelstorf um die Welt. Journalisten aus vielen Ländern berichteten über eine Sensation mit enormer politischer Brisanz: Empörte Kavelstorfer hatten ein Zwischenlager mit Waffen und Munition entdeckt, die über den nahegelegenen Überseehafen in Rostock exportiert werden sollten. In der bis dahin streng abgeschirmten Halle der Waffenexportfirma Internationale Meßtechnik Import-Export GmbH (IMES) lagerten Millionen Schuss Munition, Maschinengewehre, Handgranaten und andere militärische Ausrüstung. Damit hatten die mutigen Kavelstorfer Bürger enthüllt, dass die DDR im Geheimen für staatliche Waffenschiebereien verantwortlich war – ein Vorgang von historischer Bedeutung.

Diese Enthüllungen beschleunigten den Untergang der DDR und ramponierten das Vertrauen in die herrschenden Eliten ein weiteres Mal. Vielen Bürgern wurde klar, dass die DDR nicht der friedliebende Staat war, den die Propaganda so blumig beschrieb. Schnell waren auch die Drahtzieher bekannt, die wochenlang die Nachrichten bestimmten: Sie arbeiteten für die IMES, eine Firma aus der von Alexander Schalck-Golodkowski geleiteten Abteilung Kommerzielle Koordinierung (KoKo) des DDR-Außenhandelsministeriums. Schalck-Golodkowski selbst wurde am Tag nach der Entdeckung des Kavelstorfer Lagers aus dem Zentralkomitee (ZK) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ausgeschlossen und flüchtete tags darauf in den Westen. Damit waren offenbar die Schuldigen gefunden, die im Auftrag der Staatsführung mit Waffen gehandelt hatten, um Devisen für die finanziell klamme DDR zu beschaffen.

Kaum beachtet wurde dagegen eine andere Organisation, die bereits viel länger und in größerem Rahmen im Auftrag des SED-Regimes Waffen ge- und verkauft hatte: der Ingenieur-Technische Außenhandel (ITA). Der Außenhandelsbetrieb (AHB) bestand – seine Vorläuferorganisationen eingerechnet – bereits seit 1956. Die IMES und das geheime Lager in Kavelstorf entstanden erst Anfang der 80er-Jahre. Auch der ITA war offiziell dem Ministerium für Außenhandel unterstellt. Auf Führungsebene bestand er jedoch aus Offizieren der Nationalen Volksarmee (NVA) – Waffenhändlern in Uniform. Die Aktivitäten dieses Außenhandelsbetriebs darzustellen, ist die Absicht dieses Buchs.

In erster Linie waren die ITA-Waffenhändler für den so genannten Planhandel mit Rüstungsgütern verantwortlich. Die Organisation mit Hauptsitz in Berlin-Pankow importierte also Material für die NVA, Polizei und Staatssicherheit und andere »bewaffnete Organe« der DDR aus den anderen Staaten des Warschauer Pakts – im offiziellen Sprachgebrauch: der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) – und exportierte eigene Güter dorthin. Zu den militärischen Gütern zählten nicht nur Waffen und Munition, sondern auch Ausrüstung wie Uniformen, Nachrichtentechnik, Küchen oder Feuerlöschgeräte. So weit, so spektakulär.

Doch von Anfang an übernahmen der ITA und seine Vorgängerorganisationen auch Exporte in Länder außerhalb des Warschauer Pakts und in den sogenannten nichtsozialistischen Wirtschaftsraum. In den ersten Jahren ging es meistens darum, politische Beziehungen zu pflegen und dem jungen ostdeutschen Staat Anerkennung zu verschaffen. Oft wurden Waffen dabei kostenfrei als »Solidaritätsgüter« exportiert. Später, besonders im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens, dominierten wirtschaftliche Interessen und das Streben nach den dringend benötigten Devisen das Handeln der DDR. Die Exporte wurden deutlich ausgeweitet. Laut einem Dokument aus dem Archiv von Werner E. Ablaß, dem letzten Staatssekretär im DDR-Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, standen Vietnam, Syrien und Äthiopien gefolgt von Kambodscha, Mosambik und Ägypten ganz oben auf der Liste der importierenden Staaten, die nicht zum Warschauer Vertrag gehörten.¹ Später standen auf der Kundenliste auch Staaten wie der Irak und Iran, die in den 80er-Jahren den ersten Golfkrieg gegeneinander führten. Der ITA exportierte Rüstungsgüter in den Irak, die IMES belieferte parallel den Iran.

Neben Staaten belieferte die DDR auch sogenannte Befreiungsbewegungen und Terrororganisationen. Zu den Empfängern gehörten auch Diktatoren und Länder, die Terroristen unterstützen. Es ist davon auszugehen und oft auch belegt, dass viele Empfänger die gelieferte militärische Ausrüstung gegen oppositionelle Kräfte im eigenen Land einsetzten. Bei vielen Empfängern von Rüstungsgütern handelte es sich um Staaten, in denen die Menschenrechte massiv verletzt wurden – ein klarer Verstoß gegen Artikel 23 der Verfassung, der jegliche Handlungen verbietet, »die der Unterdrückung eines Volkes dienen«.

Das Selbstverständnis des ITA beschrieb der Außenhandelsbetrieb nach der Wende folgendermaßen:

Der ITA war ein reines Handelshaus. Er besaß keine Lager und war nie Besitzer von Waffen und militärischer Ausrüstung und übte demnach auch keine tatsächliche Gewalt über Kriegswaffen aus.²

Das mag stimmen und ist doch verharmlosend. Die DDR als Staat entbindet es jedenfalls nicht von ihrer Verantwortung. Der Politikwissenschaftler Matthias Bengtson-Krallert bezeichnet die DDR sogar als »Dreh-scheibe des weltweiten Waffenhandels«.³

Einst von der DDR in die Welt gestreute Bekenntnisse für Frieden, Abrüstung und Terrorismusbekämpfung wirken heute scheinheilig, werden diesen die ost-deutschen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, terroristische Gruppen oder Länder des arabischen Raums gegenübergestellt. Wer solche Unterstützung gewährt, trägt Mitverantwortung für den Einsatz von Waffen.⁴

Die Spitze von Staat und Partei war stets frühzeitig und bestens informiert über die Waffenexporte und die Anfragen. Die Verteidigungsminister unterrichteten den Generalsekretär ausführlich über die Kaufwünsche, die ausländische Delegationen bei ihren Besuchen in Ost-Berlin geäußert hatten, noch bevor die Gäste den Generalsekretär trafen. Erich Honecker entschied oft selbst, ein formeller Beschluss des Politbüros wurde gegebenenfalls nachgereicht. Ähnlich detailliert berichtete die NVA-Führung über ihre Gespräche bei Auslandsreisen. Honeckers Vorgänger, Walter Ulbricht, der bis 1971 im Amt gewesen war, hatte hingegen zumeist dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees der SED die Entscheidungen überlassen. Doch schon zu dieser Zeit war Honecker einer der

wichtigsten Akteure – als ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrats.⁵

Dass die IMES als Waffenhändlerorganisation der DDR im Gedächtnis der meisten Menschen haften blieb und nicht der ITA, hat mehrere Gründe. Neben dem lückenhaften Quellenmaterial dürfte ein Faktor die große mediale Aufmerksamkeit sein, die die IMES wegen der spektakulären Vorgänge in Kavelstorf erhielt. Offenbar entstand der öffentliche Eindruck, die einzig verantwortliche Organisation für diese Art von Geschäften demaskiert zu haben. Weitere Nachforschungen unterblieben. So kam dem ums Überleben kämpfenden Regime in Ost-Berlin Kavelstorf möglicherweise sogar gelegen: Zwar waren IMES, KoKo und Schalck-Golodkowski entlarvt, aber die Aufmerksamkeit blieb auf sie gerichtet, während Organisationen wie der ITA öffentlich kaum bekannt waren. Auch die Zusammenarbeit von IMES und ITA wurde in den Wendejahren und danach kaum thematisiert: Bei allen Geschäften der IMES war der ITA direkt beteiligt. Als Dienstleister stellte er die Abwicklung sicher – von der Anlieferung und dem Transport bis zum Kontakt mit Schiffsmaklern und der Rechnungsstellung. Ohne den ITA, so viel ist klar, hätte die IMES nicht funktionieren können.

Falls alle Dokumente innerhalb des ITA trugen den Geheimhaltungsvermerk »Geheime Verschlusssache« (GVS) oder »Vertrauliche Verschlusssache« (VVS) und wurden in Koffern oder Schließfächern gelagert, die der jeweilige Mitarbeiter bei Dienstbeginn in der sogenannten VS-Stelle, also dem Aufbewahrungsort für Geheimdokumente, abholen musste. In den Pausen verstaute sie die geheimen Unterlagen wieder in den Panzerschränken.⁶ Aus den Unterlagen im Bundesarchiv ist ersichtlich, dass zumindest ein Teil der ITA-Akten im Militärarchiv der DDR in Potsdam gelagert wurde. Dieser Bestand mit der Signatur DVW 14-5 umfasste etwa 16 laufende Meter in 519 Akteneinheiten und gelangte nach der Wiedervereinigung vom Militärarchiv in das Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, in Freiburg im Breisgau. Diese Akten sind gebunden, paginiert und verfügen jeweils über ein ausführliches Inhaltsverzeichnis.⁷ Die Bezeichnung »ITA-Bestand« war allerdings irreführend, da es sich bei den weitaus meisten Dokumenten um Material der Vorläuferorganisationen handelt.

Auch unter Publizisten, Wissenschaftlern und Archivaren war bis vor wenigen Jahren unbekannt, dass bis weit in die 2000er-Jahre hinein ein weiterer Bestand von ITA-Akten unerschlossen und in Kartons verpackt in Speditionslagern in Großbeeren und an anderen Standorten lag. Diese Akten waren nach der Wende zunächst an die Treuhandanstalt gelangt und danach in diese Lager. Erst 2015 übergab die Nachfolgeorganisation der Treuhand, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Akten dem Bundesarchiv in Freiburg. Mitarbeiter des Bundesarchivs sprachen damals von einem sehr schlechten Bearbeitungszustand der neu hinzugekommenen Unterlagen. Dabei ging es u. a. um den Zustand des Schriftgutes sowie Qualität und Aussagekraft der Abgabeverzeichnisse. Diese Situation führte dazu, dass das Bundesarchiv die neuen Dokumente nicht vorab bewertet hat, sondern den Bestand aus den Lagern vollständig übernahm. Inzwischen, nach der Bewertung, steht fest, dass der größte Teil der Archivalien für die Forschung nutzlos ist. »Simple Buchhaltung«, nannte sie ein Mitarbeiter des Bundesarchivs, der Dutzende sortierte Aktenmeter mit kaum aussagekräftigen Rechnungen für Büromaterial, Gehaltsabrechnungen, Telefonrechnungen und Reisekostenunterlagen fand.⁸ Für die Fachleute im Bundesarchiv liegt die Vermutung nahe, dass die Treuhand bei der Übernahme der Unterlagen an den Finanzakten, nicht aber an den Sachakten interessiert war. Nach dem Aus-sortieren von belanglosem Material sind eine Reihe von Dokumenten übrig geblieben, die einen Einblick in die Arbeit und die Geschichte des ITA bieten. Sie werden seit 2018 zusammen mit den anderen ITA-Akten am Standort Berlin-Lichterfelde verwahrt und liegen erst seit 2020 erschlossen zur Einsicht vor. Außerdem hat das Bundesarchiv seit 2018 neue Akten über die IMES freigegeben, die ebenfalls interessante Einblicke in die Organisation des ITA liefern.⁹

Allerdings ist der Bestand so lückenhaft, dass zu vermuten ist, dass während der Friedlichen Revolution oder möglicherweise auch davor Dokumente vernichtet wurden. Einen Gesamtüberblick über die Aktivitäten des ITA zu erstellen, ist angesichts dieser Lücken nicht mehr möglich. Besonders für die 80er-Jahre liegt eine Reihe von Archivalien vor, unter anderem auch Dokumente der IMES. Umfangreiches Material über die Geschäfte des ITA, zum Beispiel Packlisten und Speditionsunterlagen, sind erst für den Zeitraum ab Mitte 1990 vorhanden.¹⁰ Für die Jahrzehnte davor

sind viele Informationen unwiderruflich verloren. Die Dokumente gewähren Einblicke, wie der Handel ablief. Die Größenordnungen lassen sich allenfalls erahnen – klar ist aber, dass sie gewaltig waren. Darauf deutet auch das Zahlenmaterial anderer Institutionen hin, zum Beispiel des Ministeriums für Verteidigung oder des Stasi-Unterlagenarchivs, das ich immer wieder herangezogen habe, um Rückschlüsse auf die finanziellen Dimensionen des ITA-Handels zu ziehen. Angesichts der Lücken in der Überlieferung kommt den Dokumenten des Stasi-Unterlagenarchivs im Fall des ITA eine besondere Bedeutung zu. Hier waren diverse Informationen zu finden, die von hoher Relevanz für die Beschreibung der Organisation und ihrer Aktivitäten sind. Zwar darf bei der Lektüre dieser Dokumente nicht übersehen werden, dass sie nicht der Dokumentation für die Nachwelt dienen sollten, sondern im Repressionsapparat einer Diktatur entstanden. Dennoch haben Stasi-Unterlagen nach der Prüfung von Plausibilität wichtige Rechercheergebnisse für dieses Buch geliefert. Doch wie die Unterlagen des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde sind auch die Dokumente im Stasi-Unterlagenarchiv nur teilweise erhalten. Viele Bestände wurden mutmaßlich vernichtet. Außerdem vermuten Experten, dass sie gezielt in Unordnung gebracht wurden, um Konfusion zu schaffen.

So ist die Geschichte des ITA bis heute weitgehend unerforscht und wird es vielen Bereichen wohl auch für immer bleiben. Ausdrücklich bezeichnete der Präsident des Bundesarchivs, Michael Hollmann, 2020 den »speziellen Außenhandel«, also den Außenhandel mit Rüstungsgütern, als Desiderat, als Forschungsthema, das noch nicht erschlossen sei.¹¹ Dass der Außenhandel der DDR bei weitem noch nicht so intensiv beleuchtet worden ist wie beispielsweise die Außen- oder die Verteidigungspolitik, mag daran liegen, dass dem offiziellen Zahlenmaterial stets mit Misstrauen begegnet werden muss. Bereits für den Außenhandel allgemein wurden Statistiken der DDR zuweilen aus politischen Erwägungen manipuliert.¹² Umso misstrauischer sollte man bei den Kennziffern für den sogenannten speziellen Außenhandel sein. Insofern stellt dieses Buch ein Wagnis dar. Auch unter Berücksichtigung des neuen Aktenmaterials kann es nur begrenzt Strukturen, Umfang von Im- und Exporten sowie die Geschäfte des ITA außerhalb des Warschauer Paktes beleuchten. Das Thema trotz des Quellenmangels recherchiert und publiziert zu haben, ist ein Risiko, das ich als Autor eingehe, um die Diskussion über eine Organisation der DDR

anzustoßen, die auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung kaum Gegenstand eines Diskurses ist.

Dieses Buch ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten liegt der Schwerpunkt auf den Exporten der ITA an Entwicklungsländer und ihrem politischen Umfeld sowie auf der Zusammenarbeit mit der IMES. Außerdem liegt der Fokus auf der Rolle der Staatssicherheit und westlicher Geheimdienste. Im zweiten Teil habe ich vertiefend die Strukturen des ITA mit seinem Personal, den regulären Planhandel zur Beschaffung von Militärgütern in der DDR sowie die Rüstungsindustrie beschrieben. Die Transporte des ITA wurden – wie die der IMES – zumeist im Überseehafen Rostock umgeschlagen. Entsprechend liegt ein Fokus dieses Buchs auch bei den Schiffen der DDR-Staatsreederei, der Deutschen Seereederei (DSR).

Um zu demonstrieren, dass die DDR oft Staaten mit Waffen versorgte, die massiv die Menschenrechte missachteten, habe ich Jahresberichte von Amnesty International ausgewertet und die wichtigsten Informationen den einzelnen Empfängerstaaten zugeordnet. Amnesty International listet in den Jahresberichten einzelne Länder ausführlich erst seit 1980 auf. Den meisten der genannten Länder werden aber auch bereits in den 60er-Jahren Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen.

Die in den Dokumenten enthaltenen unterschiedlichen Schreibweise der Ingenieur-Technischen Verwaltung, der Ingenieur-Technischen Hauptverwaltung und des Ingenieur-Technischen Außenhandels habe ich vereinheitlicht. Bei Zitaten wurde die Schreibweise der Originaldokumente erhalten.

Unter <https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-043460-8> steht Zusatzmaterial für dieses Buch zur Verfügung. Dazu zählen der sogenannte ITA-Katalog und ein Video über Horstwalde (► Kap. 8).



Zusatzmaterial online

Hamburg, den 24. Januar 2024

Wolfgang Kliezt

Teil I

ITA – ein Instrument im Kalten Krieg

1 Die Anfänge

»Es macht wieder Spaß einzukaufen«, sagt der Sprecher aus dem Off. Zu sehen sind Schwarz-Weiß-Aufnahmen von gut gefüllten Geschäften, in denen DDR-Bürger sich über die Auslagen freuen und gern zulangen. »Die Geschäfte haben auch geschmackvolle Importwaren anzubieten.« Zu sehen sind die schönsten Stoffe aus den Nachbarländern, die »mit unseren Erzeugnissen wetteifern«. Der Verkäufer trägt einen eleganten Anzug, die attraktive Kundin sucht geblümete Textilien für ein leichtes Sommerkleid. Zwei Kundinnen sind jedoch mit den Ballen, Farben und dem Design nicht zufrieden. »Der Verkaufsstellenleiter verspricht, der Sache nachzugehen«, sagt der Sprecher. Schnitt: Es folgt ein Blick in die Büros des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel und der kluge Spruch: »Import und Export müssen sich die Waage halten.« Nur wenn »unsere Betriebe« die Wünsche aus dem Ausland erfüllen können, kann auch importiert werden. So schlicht kann es zugehen, wenn ein Staat den Mangel an geblühten Kleidern erklären will.

Die Szenen stammen aus dem DDR-Film *Unser Aussenhandel*, der den Zuschauern Nachhilfe in Sachen Im- und Export vermitteln sollte und gleichzeitig die Bedeutung der DDR als Wirtschaftsnation betont. Dazu passen, untermalt von mal seichter, mal dramatischer Streichermusik, Zitate wie diese: »Unsere Erzeugnisse sind in aller Welt geachtet« und »Der Außenhandel als ein entscheidender Bestandteil unserer friedliebenden Außenpolitik und zugleich als Brücke zur Völkerverständigung gibt uns die Möglichkeit, im Rahmen der Export- und Importmöglichkeiten den Lebensstandard entscheidend zu verbessern«. ¹³ Doch der Außenhandel gehörte im Selbstverständnis der DDR auch zu den wichtigsten Instrumenten der Außenpolitik im Kalten Krieg. Und dabei ging es bereits zu

Beginn der Geschichte des ostdeutschen Staates nicht nur um Blümchenkleider, sondern auch um Waffen, Munition und weitere Militärgüter.

Außenhandel im Realsozialismus

Doch zunächst ein paar Worte zum Außenhandel im Realsozialismus. Heutigen Lesern mag es schwer fallen, sich eine Vorstellung der Wirtschaft der DDR zu machen. Die DDR war eine zentral verwaltete Planwirtschaft, die von einer Staatlichen Plankommission durch Fünfjahrespläne gesteuert wurde. Privatwirtschaft gab es spätestens nach der Enteignungswelle von 1972 nur noch im Kleinbetrieben mit bis zu zehn Beschäftigten. Größere Betriebe waren als Volkeigene Betriebe (VEB) Staatseigentum. Teils waren mehrere VEBs in Kombinatzen bzw. bis Ende der 60er-Jahre in deren Vorläufern, den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), integriert. Auch den Außenhandel wickelten staatliche Betriebe ab – die Außenhandelsbetriebe (AHB). Diese produzierten keine eigenen Produkte, sondern waren rein auf den Handel spezialisiert. Um keine Konkurrenz aufkommen zu lassen, deckte jeder AHB zudem ein festgelegtes Wirtschaftssegment ab.

Weitere Besonderheiten für den Außenhandel – und für die ökonomischen Zwänge, die die DDR besonders in späteren Jahren bestimmten – ergaben sich aus der Währungspolitik: Die Mark der DDR war eine reine Binnenwährung und durfte das Land nicht verlassen. Man konnte sie nicht in andere Währungen umtauschen. Für den Handel zwischen den Ostblock-Staaten nutzte man deshalb Verrechnungseinheiten: Bei Geschäften mit Ländern des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde seit 1963 in der Regel der sogenannte Transferrubel genutzt. Im Grunde hatte dieser keine »Kaufkraft«, sondern diente dazu, die vertraglich vereinbarten und in den jeweiligen Wirtschaftsplänen der Staaten fixierten Tauschgeschäfte vergleichbar zu machen. Für den Handel mit Staaten außerhalb des Ostblocks aber mussten frei konvertierbare, zumeist westliche Währungen genutzt werden (Devisen, »Valuta«). Wieder brauchte man Verrechnungseinheiten, diesmal um die Außenhandelsumsätze sozusagen in die Binnenwährung zu »übersetzen«. In der DDR war die entsprechende Verrechnungseinheit die Valutamark (VM).

Um planen und abrechnen zu können, wurden die Verrechnungseinheiten jährlich umgerechnet und festgelegt: Im Mai 1970 etwa wurde das Verhältnis von einem Transferrubel mit 5,50 DDR-Mark festgelegt.¹⁴ Später, seit den 80er-Jahren, lag der Transferrubel stabil bei 4,67 Mark. Die Valutamark orientierte sich an der D-Mark, übernahm also die Wechselkurse anderer Währungen, etwa des Dollars, gegenüber der D-Mark.¹⁵ Der offizielle Kurs der Valutamark zur D-Mark lag bei 1 : 1, inoffiziell gab es jedoch einen sogenannten »Richtungskoeffizienten«, um den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen – zuletzt, 1989, lag er bei 4,4.

Da die eigene Währung nicht umtauschbar war, war die DDR gezwungen, die Devisen oder »Valuta«, mit denen Importe aus dem westlichen Ausland bezahlt werden konnten, zunächst zu erwirtschaften oder sich zu verschulden. Die Devisennot verschärfte sich im Laufe ihres Bestehens mehr und mehr. Entsprechend groß war der Anreiz, weltmarktfähige Waren gegen »harte Währung« ins nichtsozialistische Ausland zu exportieren, statt an die Bruderstaaten. Neben dem Außenhandel hatte die DDR noch eine Reihe weiterer Strategien, um insbesondere an D-Mark zu gelangen: Einreisende Bundesbürger mussten ab 1964 eine Mindestmenge an D-Mark umtauschen, politische Häftlinge ließ man durch die BRD freikaufen und ab den 70er-Jahren gab es die Intershops, in denen Reisende, ab 1974 aber auch DDR-Bürger mit Devisen Waren aus dem Westen erwerben konnten (► Kap. 2).

Aufrüstung für eine neue Armee

Nachdem die UdSSR in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu jedes Gerät, das militärisch nutzbar war, als Reparationsleistung beansprucht hatte, kam am 1. April 1952 die Wende: Die DDR sollte aufrüsten. Vermutlich unter dem Eindruck des Korea-Kriegs gab Stalin DDR-Präsident Wilhelm Pieck bei einem Treffen in Moskau entsprechende Anweisungen. Die Ansage des großen Führers in Moskau war unmissverständlich: Die DDR solle – so der überlieferte Wortlaut – »ohne Geschrei« eine Armee aufbauen. Ein weiterer Anlass für den Aufbau von Streitkräften in der DDR dürfte das Scheitern der sogenannten Stalin-Note gewesen sein, die der Diktator im März 1952 vorgelegt hatte. Darin schlug

Stalin die Wiedervereinigung Deutschlands als neutraler Staat mit eigener Armee vor. Ob das lediglich ein Mittel der Propaganda war, um die Einbindung der BRD ins westliche Bündnis zu verzögern oder zu verhindern, ist unter Historikern umstritten. Zeitlich liegen die ablehnenden Reaktionen im Westen, das Treffen mit Pieck in Moskau und der Beschluss, eine DDR-Armee aufzubauen, jedenfalls auffällig eng beieinander. Die Vertreter der DDR betonten bei den Gesprächen, dass die Bewaffnung der Polizei mangelhaft sei und dass eine Volksarmee eine ausreichende Ausrüstung benötige. Einem streng geheimen Protokoll der Gespräche ist zu entnehmen, dass Walter Ulbricht darauf hinwies, dass der »Kern einer Armee in Gestalt von 24 Abteilungen der Kasernierten Volkspolizei« (KVP) bereits bestehe. Diese Abteilungen ließen sich zu Divisionen erweitern. Stalin reagierte darauf mit den Worten, »wirkliche Divisionen« sollten entstehen und auf den Einsatz im Schlachtfeld vorbereitet werden. Schon am 7. April erfuhr Ulbricht dann in Moskau, dass die UdSSR die DDR mit Waffen »vom Revolver bis zum Maschinengewehr« ausrüsten werde. Außerdem solle die KVP Artillerie und Panzer erhalten. Aber auch die industriellen Kapazitäten der DDR sollten für die Erfordernisse der Aufrüstung umgestellt werden.¹⁶

Es sollte bis 1956 dauern, dass aus der militärisch organisierten KVP offiziell die Nationale Volksarmee (NVA) entstand. Doch bereits die KVP, die Deutsche Volkspolizei (DVP) und die Staatssicherheit brauchten militärische Ausrüstung – von der Dienstmütze bis zum gepanzerten Fahrzeug. In den ersten Jahren der DDR waren die DVP wie die KVP, die Abteilungen Grenze der Stasi und die Bereitschaften noch mit Waffen ausgerüstet, die die UdSSR von der Wehrmacht erbeutet hatte. Es mangelte an Munition. Schnell stand fest, dass diese Ausrüstung ersetzt werden musste. Doch schon 1954 klagte die KVP über Probleme bei der Realisierung militärischer Importe und bei der Materialplanung. Und so gehörten noch 1956, bei Gründung der NVA, 1.000 Geschütze und Granatwerfer aus der Zeit vor 1945 zur wichtigsten Ausrüstung bei den entscheidenden Waffenarten. In allen Teilstreitkräften war das Soll an großen Systemen – Panzern, Flugzeugen, Schiffen – noch nicht erreicht. Es fehlte außerdem an Bekleidung, Proviant und Funkausrüstung.¹⁷

Die DDR stand vor einer enormen Herausforderung: Einerseits war sie durch Kriegsfolgen, Reparationen und die Teilung wirtschaftlich schwach.

Andererseits sollte sie militärisch für einen Krieg gegen den »Klassenfeind« aufrüsten und sich im Inneren stabilisieren. Staat und Wirtschaft mussten sich auf die Aufrüstung einstellen. Nach dem Vorbild der UdSSR räumte die DDR dem Sicherheitsapparat ab sofort Priorität in der Volkswirtschaft ein. Die Planwirtschaft erlaubte den direkten Zugriff, um kriegswirtschaftlich benötigte Reserven zu mobilisieren. Diese Strategie wurde von der Sowjetunion quasi auf die junge DDR übertragen. Sie war die Konsequenz aus den historischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, als die UdSSR erst nach schweren Anfangsniederlagen ihre Wirtschaft erfolgreich auf militärische Erfordernisse ausgerichtet hatte. Nach und nach baute die DDR so eine eigene Rüstungsindustrie auf (► Kap. 12).

Rüstung via Außenhandel: Die Ingenieur-Technische Verwaltung

Schnell wurde jedoch deutlich, dass die eigene Produktion nicht für die Aufrüstungspläne und Bündnispflichten des selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaats genügte. Er brauchte eine Organisation, die den Bedarf an Waffen und Ausrüstung mithilfe des Außenhandels deckte – vor allem mit Importen aus der Sowjetunion, die als einziges Land im Ostblock alle Waffenarten selbst herstellte und zum großen Teil die Armeen der Bruderstaaten ausrüstete. So einigte sich das Verteidigungsministerium am 25. April 1956 mit dem Außenhandelsministerium über Regularien von Im- und Exporten.¹⁸ Die operative Arbeit wurde der neugegründeten Ingenieur-Technischen Verwaltung (ITV) übertragen, einer Vorgängerorganisation des ITA. Damit war ein zentrales Organ von großer Bedeutung entstanden – ein DDR-Pendant der sowjetischen Ingenieur-Hauptverwaltung des Staatlichen Komitees für außenwirtschaftliche Verbindungen beim Ministerrat der UdSSR (GKES), des wichtigsten Lieferanten der bewaffneten Organe im Osten Deutschlands. Die ITV ähnelte bis in die Struktur seinem sowjetischen Vorbild. Zu ihren Aufgaben gehörte die Beschaffung von Waffen und Technik sowie von Ersatzteilen aus dem Ausland. Auch Aufträge für spezielle Exporte wickelte die ITV ab: Sie nahm Bestellungen an und erledigte die Planung für die Lieferungen. Beim Import musste das Militär seine Wünsche melden; die ITV schloss dann die Lieferverträge ab und war für die Abwicklung zuständig. Jede

Waffe, jedes militärische Gerät für den Im- und Export ging durch die Bücher der ITV. Daneben übernahm die ITV auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wie den Austausch von Spezialisten, Lizenzen und Dokumenten.

Der Chef der ITV, Oberst Erwin Freyer, unterstand direkt dem Verteidigungsminister, die ITV dessen Stellvertreter für Technik und Bewaffnung. In einer als geheime Verschlussache eingestuften Akte über »Funktionelle Pflichten des Chefs der Ingenieur-Technischen Verwaltung« vom 17. März 1960 heißt es:

Der Chef der Ingenieur-Technischen Verwaltung hat auf der Grundlage von Befehlen, Anordnungen und Direktiven des Ministers für nationale Verteidigung und der Weisungen der Stellvertreter des Ministers für Technik und Bewaffnung die Arbeit der Verwaltung zu organisieren, zu leiten und die Unterstellten bei der Durchführung der Arbeiten anzuleiten und zu kontrollieren.¹⁹

Im Rahmen bestätigter Pläne war er befugt, Verträge abzuschließen. Damit war der Rüstungssektor Teil der Planwirtschaft geworden.

Die ITV war vor allem mit Importen aus der UdSSR beschäftigt; rasch wurde sowjetisches Material eingeführt. »Die wesentlichen Teile der Bewaffnung und Ausrüstung der bewaffneten Organe der DDR wurden [...] über den speziellen Außenhandel sichergestellt«, schreiben die Historiker Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke.²⁰ Um den Aufbau bei der Bewaffnung zu unterstützen, gewährte die UdSSR in den Anfangsjahren günstige Kredite und überließ der DDR gebrauchte Technik. 1955 lag das Importvolumen bereits bei 150 Millionen Mark. Zwischen 1954 und 1956 erhielten KVP und später die NVA vorrangig Panzer, Artilleriesysteme und Jagdflugzeuge aus der UdSSR. 1954 begann der Rüstungshandel mit der ČSSR, 1956 folgten Verträge mit Polen. »Der spezielle Außenhandel begann 1955/56 eine multilaterale Größenordnung anzunehmen.«²¹ Die kreditfinanzierten Ausgaben für Rüstung in den 50er-Jahren belasteten die DDR bis ins nächste Jahrzehnt.²² Spezielle Importe wurden 1955 aus einem Fonds der Verwaltung für Industriebedarf finanziert.

Anfang der 50er-Jahre residierte die ITV an der Schnellerstraße 1–5 in Berlin-Niederschöneweide: im selben Gebäude wie das Zentrale Entwurfs- und Konstruktionsbüro des Ministeriums für Nationale Verteidigung, das vormalige Projektierungsbüro Berlin. Das geht aus Unterlagen des Bun-

desnachrichtendienstes (BND) hervor, der gut über die Institutionen an diesem Standort informiert war. Als Zweck des ITV-Büros nennen die besagten Unterlagen die »Erstellung von Projekten für die Rüstungsindustrie vom VEB KBA [Konstruktionsbüro für Anlagen], Berlin, Köpenick«. ²³ Damit arbeiteten zwei wichtige Institutionen mit direktem Bezug zum Militär Tür an Tür.

Interessant ist die angebliche Terminierung der Beobachtung: Genannt wird das Jahr 1954, doch zu diesem Zeitpunkt existierte das Ministerium – und übrigens auch der BND – noch gar nicht. Beide wurden erst 1956 gegründet. Ebenso widersprüchlich erscheint ein weiterer Bericht aus dem Jahr 1954, der den Schluss zulässt, dass die Organisation Gehlen, der Vorläufer des BND, früh über die Existenz der ITV, ihrer Nachfolgeorganisationen und ihrer Funktion informiert war. In einem Observationsbericht über das Gebäude an der Schnellerstraße ist zu lesen: »ITA koordiniert sämtliche Rüstungsaufträge des WP [Warschauer Pakt] für die DDR«. ²⁴ Fest steht, dass in jenem Jahr weder der Warschauer Pakt noch der ITA existierten. Offenbar wurden Einträge nachträglich und fehlerhaft vorgenommen. Informantin war eine Technische Zeichnerin, die bis 1960 im Konstruktionsbüro für Anlagen gearbeitet und sich dann illegal nach West-Berlin abgesetzt hatte.

Weitere Nachbarn der ITV an der Schnellerstraße waren diverse metall- und chemieverarbeitende Betriebe. Ebenfalls an der Schnellerstraße mit der Hausnummer 139 war die VVB UNIMAK beheimatet, unter deren Dach alle Rüstungsbetriebe der DDR zeitweise integriert waren und die 1960 hier ein Zeichenbüro und eine Kfz-Werkstatt für das Militär und die Volkspolizei betrieb. ²⁵ Unweit von der Schnellerstraße produzierten an der Sedanstraße zudem die Pertrix-Werke Plattenbatterien für sowjetische U-Boote und Flugzeuge. Das Werk wurde nach Unterlagen des BND bereits Ende der 40er-Jahre beobachtet. ²⁶

Aus der ITV-Zeit sind heute nur wenige Dokumente erhalten. Zu den frühesten Aktivitäten gehört ein Vertrag vom 4. Juli 1956 mit der China National Technical Import and Export Cooperation mit Sitz in Peking. Darin ging es um Pläne für ein Institut zur Optimierung von Waffen und Munition der Landstreitkräfte, das mehrere hundert Mitarbeiter haben sollte, sowie für den Bau eines Schießplatzes für Flugabwehrgeschütze. Zu den vom ITV übernommenen Aufgaben gehörte die Definition der Auf-

gaben und Ziele, Ausrüstung und Personalbedarf. Den Unterlagen des Bundesarchivs ist zu entnehmen, dass die ITV zu diesem Zeitpunkt kaum Erfahrung mit derartigen Geschäften hatte. Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung waren sich die Mitarbeiter noch nicht schlüssig, welche Kosten die DDR dafür in Rechnung stellen wollte. Bis zum 1. September sollte das nachgeholt werden. Die Volksrepublik China sollte in Rubel bezahlen. Die Rechnung über 257.000 Rubel folgte am 15. Oktober 1956.²⁷ Warum gerade dieses Dokument erhalten blieb und andere aus jener Zeit, die im großen Umfang vorhanden gewesen sein müssen, verschwanden, wird möglicherweise für immer unklar bleiben.

Dem Geschäft vorausgegangen war ein sechswöchiger Besuch einer dreiköpfigen Militärdelegation aus Peking in der DDR im Sommer 1956. Die Gäste besuchten 25 Betriebe sowie Einrichtungen der Armee und informierten sich über Elektrotechnik, Hochfrequenztechnik, Feinmechanik und Optik für militärische Zwecke sowie für Spezialfahrzeuge. Danach übergaben die Chinesen ihren Gastgeber eine Liste mit Wünschen.²⁸ Die Gäste erhielten außerdem technische Dokumentationen für Hunderte militärische Produkte – vom schweren Lastwagen über Feldfernkanäle bis zu Schiffsdieseln.²⁹ Bei diesem Besuch wurde auch ein zweites großes Geschäft zwischen der ITV und China angebahnt: der Export eines Hochgeschwindigkeitswindkanals für Triebwerktests von Kampfflugzeugen vom Typ MiG-15. Das Geschäft hatte ein Volumen von 1,9 Millionen Rubel. Geliefert wurde in den Jahren 1959 und 1960.³⁰ Über die Jahre lieferte die ITV auch optische Geräte sowie elektronische Ausrüstung nach China.³¹

Zu den ersten Exporten der ITV innerhalb des Ostblocks zählten Großschneepflüge für Polen. Das Geschäft war kein besonderer Erfolg: Weil die Kunden mit der Technik unzufrieden waren, kam es zu Reklamationen – noch bis 1959 wurden Maschinen in die DDR zurückgesendet. Ein weiteres frühes Geschäft war die Lieferung von Hochseeschleppern an Bulgarien. Auch das lief nicht reibungslos: Wegen technischer Probleme, insbesondere bei den Dieselmotoren, verzögerte sich die Lieferung.³²

Auf internationaler Ebene weitaus bedeutender als die Geschäfte mit China war 1956 die Gründung eines Gremiums, das die Zusammenarbeit der Verteidigungsindustrien in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten koordinieren sollte. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, Bruno Leuschner, berichtete im Januar 1956 dem Politbüro von

der geplanten Einsetzung einer »Kommission für die Fragen der Produktion der Verteidigungsindustrie« im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die Existenz der Kommission blieb geheim, nicht einmal Leuschners Stellvertreter wusste davon. Die ostdeutsche Delegation wurde vom Leiter des Amtes für Technik angeführt. Ab 1958 wurde die Delegation ausschließlich durch Militärs besetzt. Welche Waffen und andere Ausrüstungen die NVA einsetzte – und zu großen Teilen über die ITV importieren musste –, war durch die Militärökonomische Integration (MöI) im Wesentlichen festgelegt, die ein einheitliches System der Bewaffnung und Ausrüstung des Warschauer Vertrags zum Ziel hatte.³³ Vorrangig handelte es sich dabei um sowjetische Produkte, Doppelentwicklungen wurden somit weitgehend vermieden. Standards definierten das Technische Komitee der Vereinten Streitkräfte und der Militärwissenschaftlich-Technische Rat.

Ein Schlaglicht auf den wenig brüderlichen Umgang der Vertragsstaaten untereinander bietet die regelmäßige »Berichterstattung über die Erfüllung der Aufgaben«. Daraus geht beispielsweise für das zweite Quartal 1962 hervor, dass manche Staaten ihren Zahlungsverpflichtungen eher widerwillig nachkamen: Die Sowjetunion stand beim speziellen Außenhandel mit 800.000 Rubeln in der Kreide und hatte damit gerade einmal 64 Prozent ihrer Zahlungsverpflichtungen erfüllt. Die Bulgaren lagen mit zwei Millionen Rubeln im Soll und hatten erst 184.000 gezahlt. Lediglich Polen und Rumänien hatten komplett gezahlt.³⁴

Wechsel ins Außenhandelsministerium: Die Ingenieur-Technische Hauptverwaltung

Einem Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates folgend, wechselte am 1. Juli 1961 die Ingenieur-Technische Verwaltung vom Verteidigungs- ins Außenhandelsministerium und firmierte dort mit erweitertem Namen als Ingenieur-Technische Hauptverwaltung (ITHV). Grund dafür dürfte die Einschätzung des Verteidigungsministers gewesen sein, er sei nicht für die Abwicklung internationaler Lieferungen verantwortlich, die Güter für das Innenministerium und die Staatssicherheit einschließen.³⁵ Die Neuorganisation sollte außerdem der »Verbesserung der materiell-technischen

Versorgung« der NVA dienen.³⁶ Die Aufgabe der ITHV war eindeutig definiert:

Die Ingenieur-Technische Hauptverwaltung hat die gesamte Beschaffung von Militärtechnik, Komplettierungs- und Ersatzteilen aus Importen nach den Forderungen der bewaffneten Organe so zu organisieren, dass die operativen Forderungen mit der materiell-technischen Versorgung übereinstimmt.³⁷

Wichtig dabei seien vertragliche Bindungen und die hohe Qualität der Güter. Das Außenhandelsministerium war damit formell zuständig für den kompletten Im- und Export militärischer Güter und der »speziellen Ausrüstung« der Stasi, der Polizei und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Verteidigungsministerium und Armee mussten sich nicht länger selbst um Rüstungsimporte kümmern; aus dem Außenhandelsministerium wurde ein Dienstleister fürs Militär. Mit der ITHV war in der DDR – wie in allen Staaten des Warschauer Pakts – nach sowjetischem Vorbild eine Außenhandelsverwaltung für militärische Produkte in einem zivilen Ministerium entstanden.

In der Folge der Neuorganisation zogen Militärs der vormaligen ITV in das zivile Außenhandelsministerium ein, das diesen gegenüber auch weisungsbefugt war.³⁸ Es musste einen eigenen Haushaltstitel für den Betrieb schaffen und den zivilen ITHV-Mitarbeitern Reisen und andere Ausgaben finanzieren. Die ITHV arbeitete im sogenannten Objekt BIII an der Regattastraße 12 in Berlin-Grünau, das von der NVA gesichert wurde. Dort standen den Mitarbeitern die obere Etage des Hauses 4 vollständig und im Erdgeschoss sieben Zimmer zur Verfügung. Wer in dem scheinbar zivil genutzten Gebäude des Außenhandelsministeriums das Sagen hat, war auch nach dem Wechsel von der ITV zur ITHV unmissverständlich klar: Solange der Minister für nationale Verteidigung nicht anders entscheide, bleibe es bei der Nutzung der Räume im Objekt BIII, hieß es in den »Maßnahmen zur Überleitung« vom 28. Juni 1961. Der Chef der ITHV (und später auch der des ITA) unterstand zwar dem zivilen Außenhandelsminister. In militärischen Fragen und disziplinarisch blieb jedoch der Verteidigungsminister sein Vorgesetzter.³⁹ In Zweifelsfällen sollten sich beide Minister einigen und gemeinsam eine Entscheidung treffen. Strukturveränderungen bei der ITHV waren nur mit Zustimmung des Militärs möglich. Beide Ministerien sicherten sich eine enge Zusammenarbeit zu.